

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: **Kommunalen Ordnungsdienst sinnvoll einsetzen und Polizei entlasten**

Text

1 Es gibt eine klare Trennung der Zuständigkeiten zwischen Polizei und
2 Ordnungsbehörde (Ordnungsamt). Diese unterstützen wir vollumfänglich. Aus diesem
3 Grund standen und stehen wir dem Kommunale Ordnungsdienst (KOD) konstruktiv-
4 kritisch gegenüber, da die Sorge besteht, dass diese Trennung verwischt werden
5 könnte.

6 Die Praxis hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Zuständigkeiten klar
7 abzugrenzen. Für alle Bürger*innen muss klar erkennbar sein, welche Aufgaben von
8 wem übernommen werden. Der KOD übernimmt Aufgaben der Ordnungsbehörde und
9 entlastet damit die Polizei. Hierzu gehören beispielsweise die Überwachung des
10 ruhenden Verkehrs oder aber die Einhaltung von innerstädtischen Regelungen.
11 Damit kann die Polizei ihre eigentlichen Aufgaben, die Kriminalitätsbekämpfung
12 und die Verkehrssicherheitsarbeit, wahrnehmen. Gleichzeitig hat die Erfahrung
13 gezeigt, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen von KOD und Polizei ist – wie zum
14 Beispiel bei Gaststättenkontrollen oder auf der Kieler Woche. Wir fordern daher,
15 dass die Ausbildung des KOD weiterhin auf hohem Niveau bleibt, es keine
16 Ausweitung von Befugnissen für den KOD gibt, keine Ausstattung mit Waffen und
17 dass es zukünftig eine stärkere äußerliche Abgrenzung von der Polizei gibt. Das
18 heißt konkret: Sollten neue Uniformen und Fahrzeuge angeschafft werden, sollen
19 diese nicht aussehen wie die der Polizei.

20 Neben der guten Ausbildung für die Beschäftigten des kommunalen Ordnungsdienstes
21 muss sich die Stadt stärker auch um eine gute Qualifikation für die
22 Mitarbeiter*innen des KOD bemühen. Ein Konzept zur internen Fortbildungen der
23 Mitarbeiter*innen muss bestehen. Auch auf Weiterbildungs- und
24 Aufstiegsmöglichkeiten muss großen Wert gelegt werden. Wir setzen uns auch für
25

die richtigen Entgeltstrukturen ein.

26 Wir begrüßen, dass die Kieler Polizei die erste Fahrradstaffel in Schleswig-
27 Holstein einsetzt und halten diese Initiative für ein wichtiges Element einer
28 Bürger*innenpolizei. Wir möchten die Polizeidirektion Kiel unterstützen, die
29 Fahrradstreife weiter auszubauen. Auf diese Art kann es gelingen, für die
30 Perspektive des Radverkehrs zu sensibilisieren.

31 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung den Kauf und Verkauf von
32 Cannabisprodukten legalisieren möchte. Daher wollen wir, dass die Stadt Kiel
33 sich auf Cannabismodellprojekte bewirbt, sollten noch welche vor oder im Zuge
34 der Legalisierung durch die Bundesregierung aufgestellt werden.